

scher Produktion, den Fortbestand der Betriebe und die Sicherung der Arbeitsplätze in der DDR gerichtet. Dieser Vorschlag wurde damals von der Volkskammer abgelehnt. Wenig später hat die Regierung gleichgerichtete Maßnahmen beschlossen.

Wir setzen uns nach wie vor für den Schutz des Binnenmarktes ein, halten jedoch diese Preisaufschläge unter den jetzt gegebenen Bedingungen für wirkungslos bzw. kontraproduktiv.

(Schwacher Beifall bei der PDS)

Mit dem durch die Regierung vereinbarten Wegfall der Zollgrenzen zur BRD verlieren die Importpreisaufschläge ihre Wirksamkeit, und sie berühren auch nicht die eigentlichen Probleme der Unternehmen in der DDR. Hier sind nach wie vor Fragen der differenzierten Entschuldung der Betriebe durch die Regierung nicht entschieden. Ohne ihre Lösung ist für viele Unternehmen kein chancengleicher Start in die Marktwirtschaft möglich.

Mit Recht verweisen die Einreicher des Antrages darauf, daß Bürger, die in der Umgebung von Westberlin und in den Grenzkreisen wohnen, den Weg zum bundesdeutschen Händler nehmen werden, was auch die DDR-Einzelhändler direkt benachteiligt. Die DDR-Bürger, die es weiter nach Berlin und zum Bundesgebiet haben, wären wieder in einer schlechteren Lage. Für langlebige Konsumgüter würde sich ein Handelstourismus abzeichnen. Die Preisaufschläge auf importierte westliche Konsumgüter könnten nur dann ein wirksames Mittel zum Schutz der DDR-Betriebe sein, wenn sie durch zollrechtliche Regelungen untertzt werden.

Da das nicht gegeben ist, unterstützen wir den Antrag der Fraktion Die Liberalen zur Nichteinführung dieser Preisaufschläge. Danke.

(Beifall bei der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Ich danke dem Abgeordneten - meine Herren! Herr Lehmann! - und rufe den Abgeordneten Lindenlaub von der Fraktion der DSU auf.

Lindenlaub für die Fraktion der DSU:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die DSU tritt für den Antrag der Liberalen ein und beantragt einen sofortigen Beschluß ohne Überweisung in die genannten Ausschüsse Handel, Tourismus, Haushaltsausschuß und Wirtschaftsausschuß.

(Vereinzelt Beifall bei DSU und Liberalen)

Zur Begründung geben wir folgende Erklärung ab: Schutzzölle und nichts anderes ist das - hatten, wo auch immer auf der Welt versucht sich zu installieren, zu keinem positiven Ergebnis geführt. In der Lage unseres Landes würde eine derartige Steuer zu katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnissen namentlich in grenznahen Räumen und ebenso inklusive Ostberlin führen.

Bei uns produzierte Waren kämen trotzdem nicht zum Absatz, da jenseits der Grenzen westliche Produkte gekauft würden, und daraus schlußfolgernd würden Existenzen und Arbeitsplätze leichtfertig gefährdet und vernichtet.

Ich möchte da auch zuletzt an den Mittelstand und die Handwerker denken. Letzteres, meine Damen und Herren, sind wir Parlamentarier wohl aufgerufen, zu verhindern.

Wir bitten das Hohe Haus, aus genanntem Grund, um somit per 2.7. einzutretenden eventuellen Gefahren entgegenzuwirken, diesem Antrag zuzustimmen. Danke.

(Beifall, vorwiegend bei DSU)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Danke schön. Meine Damen und Herren! Wie in der Tagesordnung zu sehen ist, schlägt das Präsidium vor, den Antrag der Fraktion, verzeichnet auf Drucksache Nr. 103, zu überweisen zur

federführenden Beratung an den Ausschuß für Handel und Tourismus und zur Mitberatung an den Haushalts- und Wirtschaftsausschuß.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung: Der weiterführende Antrag muß zuerst kommen. Er war auf sofortige Bestätigung bestellt worden, Beschlußfassung.)

Ich habe mir vorgestellt, daß, wenn er abgelehnt wird, sowieso dann diese Abstimmung kommt.

(Heiterkeit)

Dann kann ich umgedreht handeln und gebe jetzt zur Abstimmung den Antrag der DSU.

(Zuruf: Der Liberalen Fraktion.)

Der Liberalen Fraktion, Entschuldigung.

(Unverständliche Zurufe)

Wer dem Antrag der DSU zustimmt, sofort über diesen Beschluß, über diesen Antrag abzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen, ohne Überweisung also. - Ich wiederhole, wer dafür ist, daß hier ohne Überweisung über den Antrag abgestimmt wird, möge jetzt die Hand erheben. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Es ist eindeutig die Mehrheit dafür.

(Beifall vorwiegend bei CDU/DA und Liberalen)

Frau Ministerin möchte hierzu eine Erklärung abgeben.

Frau Reider, Minister für Handel und Tourismus:

Ich hoffe, Sie sind sich der Tragweite bewußt, was Sie jetzt getan haben, und ich möchte Sie herzlich bitten, daß in der nächsten Woche nicht in der Volkskammer darüber hier eine Debatte geführt wird, warum nur Westwaren im Angebot sind.

(Unverständliche Zwischenrufe)

Es ist erreicht, daß die Handelsspanne natürlich wesentlich verlockender ist, Importe zu handeln. Das habe ich ja vorhin zu erklären versucht. Wir haben jetzt also keine gleiche Handelsspanne bei unseren Produkten und bei den Westprodukten, so daß wir jetzt, da wir nichts abblocken können, natürlich den Händlern überlassen müssen, was sie handeln, und dazu haben Sie uns jetzt verpflichtet.

(Proteste im Saal -

Zuruf: Dazu ist es jetzt zu spät.)

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall: Moment bitte, dort ist ein Geschäftsordnungsantrag.)

Ich habe es doch erläutert. Ich habe keinen Einfluß, was meine Händler einkaufen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Meine Damen und Herren, ein Geschäftsordnungsantrag.

Frau Jäger (SPD):

Wenn ich Sie im Verlauf jetzt richtig verstanden habe, haben wir noch nicht darüber abgestimmt, sondern nur darüber abgestimmt, daß wir abstimmen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Ja, so ist es. Wir haben nur darüber abgestimmt, daß wir abstimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Ein Geschäftsordnungsantrag.